

Beim Anschaffen schon ans Entsorgen denken

Liebe Leserinnen und Leser,

Dürfen alte Autos an beliebigen Orten abgestellt werden und vor sich hin rosten? Oder ab wann sollten sie als Abfall gelten und sachgemäss entsorgt werden? Der Beitrag auf Seite 17 nähert sich dem schwierigen Begriff Altauto an und erklärt, wie das Problem sauber gehandhabt wird.

Eine saubere Lösung, das war auch Ziel der Gemeinde Erlenbach, die ihre drei im Kataster der belasteten Standorte eingetragenen «alten Deponien» abgeklärt hat. Auf Seite 13 können Sie lesen, wie in Erlenbach vorgegangen wurde.

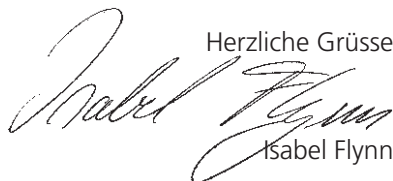
Entstanden sind derartige «alte Deponien», weil teilweise jahrzehntelang Hauskehricht und anderer Güsel entsorgt worden ist, indem er unsystematisch und kostengünstig deponiert wurde. Die Rechnung dafür zahlen wir heute. Nachhaltiges Handeln möchte aber eben gerade nicht künftige Generationen mit den Auswirkungen unserer jetzigen Aktionen belasten. Umso wichtiger ist es, heute zukunftsorientiert und weitsichtig zu handeln.

Nachhaltig und ökologisch empfehlenswert zu bauen, wie es der Kanton Zürich (Seite 19 und Seite 23) und viele Private zunehmend tun, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Nachhaltig bedeutet dabei, dass alle drei Säulen des Nachhaltigkeits-Gedankens einbezogen werden müssen. Neben den umweltrelevanten Aspekten, die bei Bauten durch das Minergie-eco-Label besonders gewürdigt werden, bedeutet dies beispielsweise, dass auch die Wirtschaftlichkeit oder eine anspruchsvolle Architektur von zentraler Bedeutung sind.

Auch die Nachhaltige Beschaffung hat neben der ökologischen Einschätzung eines Produkts bereits den Betrieb und Unterhalt sowie die künftige Entsorgung im Fokus. Die Beiträge auf Seite 25 und 27 stellen vor, wie die Baudirektion diese Gedanken bei der Suche nach optimalen Druckerlösungen und dem geeigneten Standard-Papier vorbildlich umgesetzt hat – und damit auch noch Kosten spart.

Vielleicht ist jetzt, kurz vor Weihnachten, auch für Sie ein gutes Moment, beim Kauf des einen oder anderen Geschenks die Nutzung und die spätere Entsorgung im Auge zu behalten.

Ich wünsche Ihnen eine frohe Weihnachtszeit und einen guten Start ins 2010.

Herzliche Grüsse

Isabel Flynn

Isabel Flynn

Redaktorin «Zürcher UmweltPraxis»

Koordinationsstelle für Umweltschutz

Generalsekretariat Baudirektion

Postfach, 8090 Zürich

Telefon 043 259 24 18

isabel.flynn@bd.zh.ch

www.umweltschutz.zh.ch

Editorial



Vernehmlassung zum Leitbild Seebecken der Stadt Zürich ergibt breite Zustimmung

Die Bedeutung des Seebeckens ist gross, unter anderem hinsichtlich Lebensqualität, Zugänglichkeit, Ökologie und Trinkwasserversorgung. Wie soll dieser bedeutende Freiraum in den nächsten 20 Jahren gestaltet, genutzt und weiterentwickelt werden? Zwischen April und Juli 2009 hat die Baudirektion zusammen mit der Stadt Zürich eine breite Vernehmlassung zum «Leitbild Seebecken der Stadt Zürich» unter den direkt betroffenen und beteiligten Parteien (u.a. Quartier- und Sportvereine, Anliegergemeinden) durchgeführt. Die Resultate liegen nun vor, das Leitbild stösst auf breite Zustimmung. Mitte November haben der Regierungsrat und der Zürcher Stadtrat das überarbeitete Leitbild genehmigt. Aus der Vernehmlassung konnten zahlreiche Anliegen der Bevölkerung berücksichtigt werden. Kanton und Stadt setzen das Leitbild jetzt gemeinsam um.

Baudirektion Kanton Zürich

Sauberes Grund- und Seewasser dank regionaler Sanierungs-Projekte

Die gemeinsamen Anstrengungen von Bund, Kantonen, Gemeinden und Landwirtschaftsbetrieben zeigen Wirkung: Die Qualität des Trink- und Seewassers hat sich in Regionen mit Sanierungsprojekten erheblich verbessert. In mehreren Nitratprojekten ist das Qualitätsziel von höchstens 25 mg Nitrat/l Wasser erreicht. Im Sempacher-, Hallwiler- und Baldeggersee werden 2009 erstmals wieder so tiefe Phosphorwerte wie um das Jahr 1900 gemessen. Schliesslich profitieren Kleinlebewesen in Bächen von einer besseren Wasserqualität dank der Reduktion von Pestizideinträgen.

Bundesamt für Landwirtschaft

20 Jahre Basler Übereinkommen: positive Bilanz und Ausbaubedarf

Das Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung ist ein Erfolg. Dies bekräftigte der Schweizer Botschafter Manuel Sager anlässlich der Sondertagung zum 20. Jahrestag der Unterzeichnung des Übereinkommens am 17. November 2009 in Basel. Dank dem Übereinkommen wurde dem Export grosser Mengen von giftigen Abfällen in Länder, die diese Abfälle nicht sachgemäss entsorgen können, ein Riegel vorgeschoben.

Die Schweiz wird sich dafür engagieren, dass die Umsetzung des Übereinkommens in den ärmsten Ländern gestärkt und unter dem Übereinkommen die Entstehung von Abfällen an der Quelle reduziert wird.

Bundesamt für Umwelt

Bund legt Vorgaben für Abfallimporte und -exporte fest

Die Vorgaben für den Import und Export von Abfällen sowie zur Ablagerung von Abfällen auf Deponien sind präzisiert worden: Der Bundesrat hat am 11. November 2009 die Revision der Verordnung über den Verkehr mit Abfällen

(VeVA) beschlossen. Gleichzeitig ist die Technische Verordnung über Abfälle (TVA) im Bereich der Abfallablagerung auf Deponien angepasst worden. Die Änderungen treten am 1. Januar 2010 in Kraft. Die Anpassung der VeVA war nötig, weil sich in den letzten Jahren auf internationaler und nationaler Ebene wichtige Grundlagen beim Verkehr mit Abfällen geändert haben.

UVEK

Neue Abgasvorschriften für Benzin betriebene Arbeitsgeräte in Anhörung

Für Benzin betriebene Arbeitsgeräte wie Rasenmäher oder Motorsägen gibt es in der Schweiz bisher keine Abgasvorschriften. Nun sollen die EG-Vorschriften übernommen werden. Damit wird sichergestellt, dass die in der Schweiz neu in Verkehr gesetzten Arbeitsgeräte in Zukunft deutlich weniger Kohlenwasserstoff-Emissionen (VOC-Emissionen) verursachen. Die Massnahme ist ein Beitrag zur Senkung der übermässigen Ozon- und Benzolbelastung in der Schweiz. Das UVEK hat am 20. November 2009 die Anhörung zur entsprechenden Anpassung der Luftreinhalte-Verordnung eröffnet.

UVEK

Bundesrat legt weiteres Vorgehen für die Revision des Raumplanungsgesetzes fest

Der Bundesrat will das Raumplanungsgesetz in zwei Etappen revidieren: In einem ersten Schritt sieht er eine Teilrevision vor, die als indirekter Gegenentwurf zur Landschaftsinitiative dienen soll. Weitere Themen, bei denen Revisionsbedarf besteht, werden in einem zweiten Schritt angegangen.

UVEK

Biodiversität in Europa: 37 Gebiete für Aufnahme in Smaragd-Netzwerk angemeldet

Ein Lebensraum, eine Tier- oder eine Pflanzenart kann in einem bestimmten Land häufig vorkommen und dennoch europaweit als selten oder gefährdet gelten. Aus diesem Grund hat der Europarat im Rahmen der Berner Konvention das Smaragd-Netzwerk initiiert. Die darin erfassten Lebensräume und Arten gelten europaweit als schützens- und erhaltenswert. Jeder Staat ist aufgefordert, seine für die Biodiversität wichtigen Gebiete anzumelden und geeignete Massnahmen zu deren Erhaltung zu treffen. Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat dem Europarat 37 Biotope in der Schweiz für die Aufnahme in das europäische Schutzgebietsnetzwerk Smaragd vorgeschlagen. Ziel des Netzwerks ist die Erhaltung von Lebensräumen und Arten, die in Europa selten oder gefährdet sind.

Bundesamt für Umwelt

Mikroverunreinigungen: Anpassungen in der Abwasserbehandlung erforderlich

Rund 100 Abwasserreinigungsanlagen (ARA) müssen mit Systemen zur Elimination von Mikroverunreinigungen aufgerüstet werden. Zu dieser Einschätzung gelangt das Bundesamt für Umwelt (BAFU) nach Abschluss der 2006 begonnenen Untersuchungen. Die im Abwasser vorhan-

denen Mikroverunreinigungen werden in den ARA nicht in ausreichendem Masse eliminiert. Sie wirken sich schädlich auf Pflanzen sowie auf aquatische Lebewesen aus und belasten Trinkwasserressourcen. Die festgestellten Konzentrationen stellen zwar für die Bevölkerung keine Gefahr dar, aber aus vorsorglichen Gründen bei Trinkwasserressourcen sowie zum Schutz der Ökosysteme sind Massnahmen unverzichtbar.

UVEK

Informationen über Schadstoffe und Abfälle werden international vereinheitlicht

Das Protokoll über Schadstofffreisetzung- und -transferregister trat am 8. Oktober 2009 in Kraft, nachdem es von 16 Staaten, darunter auch von der Schweiz, ratifiziert worden ist. Damit wird die Information über Schadstofffreisetzungen international vereinheitlicht.

Ziel des Protokolls ist, dass sich Betriebe, Behörden und Privatpersonen in den nationalen Schadstoffregistern via Internet über jährliche Freisetzungen von Schadstoffen sowie Transfers von Abfällen aus grösseren Betrieben und diffusen Quellen informieren können.

UVEK

EnergieSchweiz:

Wirkungen deutlich gesteigert

EnergieSchweiz hat 2008 trotz der Wirtschaftskrise seine energetischen Wirkungen gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigert, volkswirtschaftlich wichtige Impulse gesetzt und einen Beitrag zur Versorgungssicherheit geleistet. Dabei hat das partnerschaftliche Aktionsprogramm für Energieeffizienz und erneuerbare Energien seine Mittel äusserst effizient verwendet – das Kosten-Nutzen-Verhältnis verbesserte sich gegenüber 2007 nochmals deutlich, wie der Jahresbericht dokumentiert.

Zur Einsparung einer Kilowattstunde mussten 2008 gemäss der Wirkungsanalyse lediglich 0,18 Rappen an Fördermitteln von EnergieSchweiz aufgewendet werden. Das sind 14 Prozent weniger als im Vorjahr. 2003 lag dieser Wert noch bei rund 0,6 Rappen.

Bundesamt für Energie

Bundesrat will Strommarktgesetz bis 2014 revidieren

Bis Anfang 2011 wird das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK eine Vernehmlassungsvorlage zur Revision des Stromversorgungsgesetzes erarbeiten. Dies hat der Bundesrat im November an seiner Aussprache über die ersten praktischen Erfahrungen mit dem geöffneten Strommarkt entschieden. Das revidierte Stromversorgungsgesetz soll im Jahr 2014 in Kraft treten, gleichzeitig mit der vollen Marktöffnung, die auch den Haushalten die freie Wahl ihres Stromlieferanten bringt. Die Einführung der vollen Marktöffnung unterliegt dem fakultativen Referendum.

UVEK